



Markus Kurth
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sozialpolitischer Sprecher

Markus Kurth, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.763

☎ (030) 227 – 7 19 70

📠 (030) 227 – 7 69 66

✉ markus.kurth@bundestag.de

Wahlkreis

Ruhrallee 44
44139 Dortmund

☎ (0231) 5 57 46 60

📠 (0231) 5 57 46 61

✉ markus.kurth@wk.bundestag.de

Berlin, 04.03.2005

Stellungnahme von Markus Kurth zum Entwurf des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“

Zusammenfassende Bewertung

Die Vorlage des 2. Armuts- und Reichtumsberichts durch die Bundesregierung ist zu begrüßen. Der Berichtsentwurf ist ein konstruktiver Beitrag zur Auseinandersetzung über die sozialen Lebenslagen in Deutschland. Die Rot-Grüne Bundesregierung löst damit ihre Ankündigung aus der ersten Legislaturperiode ein, regelmäßig eine umfangreiche Darstellung der sozialen Lage in Deutschland vorzulegen. Es war immer klar, dass ein solcher, relativ ungeschönter und wissenschaftlich erarbeiteter Bericht auch Ergebnisse veröffentlichen wird, die auf gesellschaftliche Defizite und auch Unzulänglichkeiten der eigenen Politik schließen lassen. Aus diesem Grund haben sämtliche Vorgängerregierungen bewusst auf einen solchen Bericht verzichtet.

Die Ergebnisse dienen nicht nur der Evaluation und Darstellung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch der Konzeption zukünftiger Maßnahmen. Aus diesem Grund plädiere ich für eine offene und ausführliche Debatte des Berichts. Die Grüne Bundestagsfraktion wird in der kommenden Woche in einer Anhörung mit Armutsforschern und Praktikern der Jugend- und Sozialarbeit über mögliche Konsequenzen des Berichts diskutieren.



Markus Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sozialpolitischer Sprecher

Seite 2 von 5 Seiten des Schreibens vom 04.03.2005

Die Medien haben in ihrer Berichterstattung in erster Linie das Ergebnis „Immer mehr Deutsche leben in Armut“ transportiert. Schaut man sich dagegen die Ausführlichkeit und die Datenlage des Berichts an, wird deutlich, dass diese pauschale Quintessenz eines über 300 Seiten langen Berichts entschieden zu kurz greift. Auch wäre es verfehlt, die Rot-Grüne Sozialpolitik auf dieser Grundlage als „gescheitert“ zu bezeichnen. Die Wahrheit ist weniger eindeutig und wesentlich komplexer.

Richtig ist, dass von 1998 bis 2003 die Armutsrisikoquote (d.h. Anteil der Personen unterhalb der Armutsgrenze 60% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens) von 12,1% auf 13,5% angestiegen ist. Der Bericht schwächt diese Ergebnisse mit dem Argument ab, dass das hohe Wohlstandsniveau in Deutschland eine relativ hohe Armutsrisikoquote bedingt. Immerhin liegt diese Armutsgrenze rechnerisch bei 938 Euro monatlichem Einkommen pro Person. Damit stände Deutschland gut da und läge nach den letzten verfügbaren Vergleichsdaten aus dem Jahre 2001 im europäischen Vergleich auf Platz drei hinter Dänemark und Schweden.

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung darf man es sich aber nicht zu leicht machen. Die Bundesregierung versucht leider, die Debatte mit Hinweis auf den relativ hohen Schwellenwert der Armutsrisikogrenze abzuwürgen. Das wird dem Problem der verfestigten Armutslebenslagen nicht gerecht. Wir müssen die Ergebnisse des Berichts in ihrer Gesamtheit sehen und ausführlich debattieren. Wir können uns nicht damit trösten, dass die Lage in anderen Staaten schlechter ist.

Betrachtet man zum Beispiel die Entwicklung der Armutsrisikoquote von Familien, so ergibt sich ein erheblicher Handlungsbedarf für die Kinder- und Familienpolitik in unserem Land. Die Armutsrisikoquote von Familien mit 3 und mehr Kindern ist von 13,2% auf 13,9% gestiegen.



Markus Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sozialpolitischer Sprecher

Seite 3 von 5 Seiten des Schreibens vom 04.03.2005

Gerade hier lässt der Bericht konkrete Erklärungen vermissen. Auch wenn sich die Einkommenssituation von Familien aufgrund höherer Transfers und stärkerer Erwerbsbeteiligung gerade bei Müttern (Anstieg von 55% auf 65%; durchschnittliche Frauenerwerbsquote 58,9%,) verbessert hat, ist deren Armutsrisikoquote gestiegen. Eine Erklärung könnte sein, dass der Bericht weder die steigende Belastung durch indirekte Steuern noch die Kürzung von freiwilligen Leistungen der Länder und Kommunen berücksichtigt.

Aus meiner Sicht deuten die Zahlen aber auch darauf hin, dass gerade Frauen bei gesteigerter Erwerbstätigkeit keine die Existenz sichernden Einkommen erzielen (Teilzeit plus niedrige Löhne). Zusammen mit dem generellen Reallohnverlust ergeben sich dadurch Einkommensniveaus, die trotz weiterer Einnahmen wie z.B. Kindergeld und Wohngeld häufig nicht ausreichen, um die entstehenden Kosten des Familienhaushaltes ausreichend zu decken. Schon in der alten Sozialhilfe gab es 250.000 Bedarfsgemeinschaften, die trotz Erwerbsfähigkeit ergänzende >Hilfe zum Lebensunterhalt< bezogen. Die Dunkelziffer der Anspruchsberechtigten dürfte noch höher liegen. Diese Ergebnisse sind alarmierend und müssen auch für eine kritische Bewertung unserer Arbeitsmarktpolitik herangezogen werden. Auf jeden Fall zeigt dies, dass die so genannte „Sozialhilfefälle“ nicht in der von Neoliberalen unterstellten Form durchgängig existiert. Offenbar gibt es Hunderttausende, die arbeiten, obwohl ihr Einkommen unterhalb des Regelsatzes liegt!

Die Bundesregierung bewertet in ihrem Bericht vor allem die Erhöhung des Kindergeldes als die entscheidende Maßnahme zur Verbesserung der Einkommenssituation von Familien. Dennoch müssen wir beobachten, dass trotz dieses familienspezifischen Transfers das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen von Familienhaushalten geringer gestiegen ist als bei Haushalten ohne Kinder. Diese Fakten belegen, dass die Förderung durch Kindergeld nach dem Gießkannenprinzip nicht ausreicht, um die Situation bedürftiger Familien wirklich zu verbessern. Der bloße Blick auf die monetären Transferleistungen verstellt die Sicht auf die gesamte Kostenbe-



Markus Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sozialpolitischer Sprecher

Seite 4 von 5 Seiten des Schreibens vom 04.03.2005

lastung von Familien. So wird beispielsweise in Frankreich ein geringeres Kindergeld gezahlt, dafür ist aber der Kindergartenbesuch kostenfrei. In Deutschland erfordert er dagegen einen Betrag in Höhe von durchschnittlich 50% des Kindergeldes. Außerdem gibt es in Frankreich kein Ehegattensplitting, stattdessen ein effektives Familiensplitting, das die Kinder höher berücksichtigt, als es das deutsche Kindergeld tut.

Diese Fakten zeigen, dass wir unser System des Familienlastenausgleichs überprüfen und zielgerichteter ausrichten müssen. Wir müssen auch die Ergebnisse des Berichts über die deutlich geringeren Bildungschancen von Kindern aus einkommenschwachen Familien stärker in unserer Politik berücksichtigen. Auch wenn wir programmatisch die richtigen Forderungen formulieren und mit dem Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen die richtigen Weichen gestellt haben, macht der Bericht den erheblichen Nachholbedarf für eine innovative Familien- und Kinderpolitik deutlich.

Zu kritisieren ist eindeutig, dass der Bericht auf eine differenzierte Analyse zur Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums durch ALG II und Sozialgeld verzichtet. Die seit Jahren erhobene sozialpolitische Forderung nach einer Erhöhung der Regelsätze entsprechend der Kostensteigerung wird vom Bericht nicht aufgegriffen. Die seit dem 1. Januar 2005 gekürzten Regelsätze für Kinder über 7 Jahre und die selbst zu zahlenden Gesundheitsleistungen (nicht-verschreibungspflichtige Medikamente) finden im Bericht keine Beachtung. Hier müssen wir die Debatte deutlicher führen und den Beschluss unseres Kieler Parteitages umsetzen: Die Höhe der Regelsätze muss transparent berechnet und an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Um seinem Anspruch gerecht zu werden, auch ein „Reichtumsbericht“ zu sein, leistet der Bericht zu wenig und fällt sogar hinter die Ausführlichkeit der Jahresgutachten 2004/2005 des Sachverständigenrats zurück. Es findet sich hier zwar eine ausführliche Darstellung der Vermögensentwicklung, es fehlt aber eine entsprechend diffe-



Markus Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sozialpolitischer Sprecher

Seite 5 von 5 Seiten des Schreibens vom 04.03.2005

renzierte Darstellung der Einkommensentwicklung und der zunehmenden Einkommensungleichheit. Vor allem fehlen aber die Schlussfolgerungen, wie dem Trend wachsender Einkommens- und Vermögensungleichheit begegnet werden soll. Dabei sind die Fakten überdeutlich: Die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich zunehmend. Während die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens verfügen, entfallen auf die vermögendsten 10% der Haushalte knapp 47% (ohne Betriebsvermögen). Der Anteil des obersten Zehntels ist gegenüber 1998 um gut zwei Prozentpunkte gestiegen.

Die Bundesregierung reagiert mit dem Hinweis, dass die durch Rot-Grün veranlasste Schließung von Steuerschlupflöchern sicherstellt (O-Ton Regierungssprecher „Einkommensmillionäre haben keine Möglichkeiten mehr, sich arm zu rechnen), dass sich auch die Vermögenden ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Die Realität ist eine andere und leider bleibt auch die Blockierung des Abbaus der Steuervergünstigungen durch die Opposition unerwähnt. Für Bündnis 90/Die Grünen sollte sich aus den Ergebnissen des Reichtumsberichts genügend Material für eine neue offensiv geführte Steuerdebatte ergeben.

Ich habe hier nur die wichtigsten Ergebnisse des Berichts zusammengefasst und bewertet. Eine ausführlichere Darstellung der einzelnen Kapitel findet Ihr im Anhang. Der gesamte Bericht kann unter www.markus-kurth.de heruntergeladen werden.